

Gemeinsame Absichtserklärung

über die Beziehungen zwischen

der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und

der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit

und

der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Präambel

In Anerkennung der hohen gesellschaftlichen Bedeutung von Föderalismus und Mehrsprachigkeit – beides grundlegende Pfeiler demokratischer Teilhabe, politischen Zusammenhalts und staatlicher Stabilität – sowie im Bewusstsein der Wichtigkeit interregionaler Kooperationen und des gegenseitigen Austauschs, bekräftigen die Unterzeichnenden ihren Willen zur Zusammenarbeit.

Föderalismus und Mehrsprachigkeit prägen sowohl die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens als auch die Kantone der Schweiz und sind Ausdruck einer gelebten Vielfalt, die besondere staatspolitische Erfahrungen hervorgebracht hat.

Im Bestreben, den Informations- und Erfahrungsaustausch zu vertiefen, den föderalistischen Staatsgedanken über die Landesgrenzen hinweg zu stärken und gemeinsam nach bestmöglichen politischen Lösungen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu suchen, erklären die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, die Präsiden der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit einvernehmlich Folgendes:

I. Ziel des regelmässigen Austauschs

Die Unterzeichnenden setzen sich das Ziel, einen kontinuierlichen Dialog zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Kantonen zu etablieren und auf dieser Grundlage die bilateralen Beziehungen vertrauensvoll weiterzuentwickeln und zu festigen. Dieser Austausch soll als Plattform dienen, um:

- übergeordnete föderalistische-staatspolitische Fragestellungen zu diskutieren,
- die Bedeutung der Mehrsprachigkeit und kulturellen Vielfalt hervorzuheben,
- aktuelle politische Herausforderungen sowie Best Practices zu teilen,
- gegenseitig relevante Entwicklungen in den föderalen Systemen von Belgien und der Schweiz aufzuzeigen.

Die Absichtserklärung verfolgt das Ziel, den Informations- und Erfahrungsaustausch auf politischer Ebene zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Kantonen zu vertiefen. Sie schafft einen Rahmen für den Dialog übergeordneter föderalistischer und staatspolitischer Themen sowie der damit verbundenen aktuellen Herausforderungen. Im Mittelpunkt steht dabei der gegenseitige Austausch über relevante Entwicklungen innerhalb der föderalen Systeme – insbesondere im Verhältnis Föderalstaat–Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. Bund–Kantone. Zudem soll die Zusammenarbeit den Austausch von Erfahrungen im Umgang mit politischen Herausforderungen fördern, den Transfer bewährter Praktiken und erfolgreicher Politiken erleichtern sowie eine Abstimmung gemeinsamer Positionen bei übergeordneten Anliegen ermöglichen.

II. Inhalte des regelmässigen Austauschs

Die Unterzeichnenden kommen überein, sich regelmäßig zu folgenden Themen auszutauschen:

- Föderalismus: Strukturen, Reformen, Entscheidungsprozesse und Zusammenarbeit zwischen föderalen Ebenen.
- Mehrsprachigkeit: Bedeutung für Politik, Gesellschaft, Bildung und Verwaltung.
- Politische Praxis: Austausch von Erfahrungen, Best Practices und erfolgreichen Politiken.
- Europapolitik: Rolle der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Kantone im Verhältnis zur EU.
- Regionale Zusammenarbeit: mögliche Formen von Kooperation in ausgewählten Politikfeldern.

Die konkrete Themenliste wird jeweils im Voraus im Einvernehmen der Präsidien festgelegt und kann um weitere Anliegen ergänzt werden.

III. Formen des Austauschs

Mit der Absichtserklärung wird die Durchführung eines mind. alle zwei Jahre stattfindenden Treffens auf politischer Exekutiveebene vereinbart. Ergänzend können thematische Arbeitsgespräche, gegenseitige Besuche oder digitale Austauschformate durchgeführt werden.

IV. Anwendungsdauer und Beendigung der Zusammenarbeit

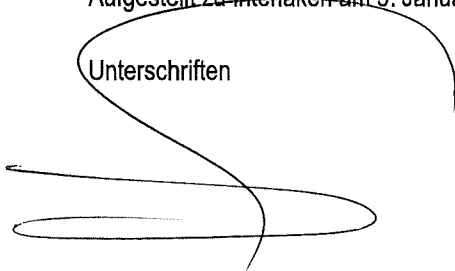
Die vorliegende Absichtserklärung wird mit dem Tag der beidseitigen Unterzeichnung wirksam und soll auf unbestimmte Dauer angewendet werden. Dabei kann jede Seite die Zusammenarbeit auf Grundlage dieser gemeinsamen Absichtserklärung jederzeit beenden. Sie informiert die andere Seite schriftlich über ihre Beendigungsabsicht.

V. Schlussbestimmungen

Änderungen und Ergänzungen dieser Gemeinsamen Absichtserklärung sollen schriftlich erfolgen. Jede Partei erklärt ein Exemplar erhalten zu haben. Ausgestellt in dreifacher Ausfertigung.

Aufgestellt zu Interlaken am 9. Januar 2026

Unterschriften



Oliver Paasch

Ministerpräsident der
Deutschsprachigen Gemeinschaft



Dr. Markus Dieth

Präsident KdK
Regierungsrat



Florence Nater

Präsidentin ch Stiftung
Staatsrätin